

Pressemitteilung

4. Mai 2017

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) ist der Spitzenverband der deutschen Busbranche und vertritt die Interessen der privaten und mittelständischen Unternehmen aus dem Bereich Personennahverkehr, Bustouristik und Fernlinienverkehr gegenüber Politik und Öffentlichkeit.



Ein Innenstadt-Einfahrverbot für Dieselfahrzeuge würde laut einer bdo-Umfrage 91 Prozent der privaten Busunternehmen negativ betreffen – ein Drittel der Befragten erwartet sogar existenzbedrohende Folgen – angesichts von möglichen Arbeitsplatzverlusten in der Branche muss der blauen Plakette aus Sicht des bdo die rote Karte gezeigt werden.

Im Rahmen einer Umfrage hat der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) im April 2017 die zu erwartenden Auswirkungen eines diskutierten Innenstadt-Einfahrverbots untersucht. Das Fazit: Es zeichnen sich deutliche Umsatzeinbußen mitsamt Folgeschäden für Busunternehmen ab, sollten tatsächlich bestimmte Dieselfahrzeuge in Zukunft aus Innenstädten verbannt werden. Im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern müsste der Omnibus mit zusätzlichen Einschränkungen im Wettbewerb kämpfen. Damit einhergehend droht die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Branche sowie eine falsche Weichenstellung in Hinblick auf die Öko-Bilanz.

„Einfahrverbote für Busse setzen ein durchweg falsches Zeichen. Sie schränken Fahrgäste in ihrer Mobilität ein und behindern beziehungsweise gefährden viele mittelständische Unternehmen“, sagte bdo Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard zu der Diskussion um die mögliche Einführung einer blauen Plakette. Die neuen Verkehrshürden würden zudem der eigentlichen Intention entgegenlaufen, die Emissionen durch Fahrzeuge in Innenstädten einzugrenzen: „Der Omnibus ist sehr umweltfreundlich und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes im Verkehr. Wer ihn aus den Städten vertreibt, bekommt letztlich mehr Autos und mehr Abgase.“

Die bdo-Untersuchung zeigt im Detail: Insgesamt 91 Prozent der privaten Busunternehmen in Deutschland wären von einem Einfahrtverbot in Innenstädte für all jene Dieselfahrzeuge betroffen, die nicht die Euro-VI-Norm erfüllen. Besonders beunruhigend: Jeder dritte Befragte gab an, dass eine solche Regelung das jeweilige Unternehmen in seiner Existenz bedrohen würde. Insgesamt 32 Prozent sehen sich erheblich betroffen, da eine Vielzahl der jeweiligen Busse nicht mehr in Städte einfahren könnte. Noch immerhin 26 Prozent fühlen sich zumindest teilweise betroffen.

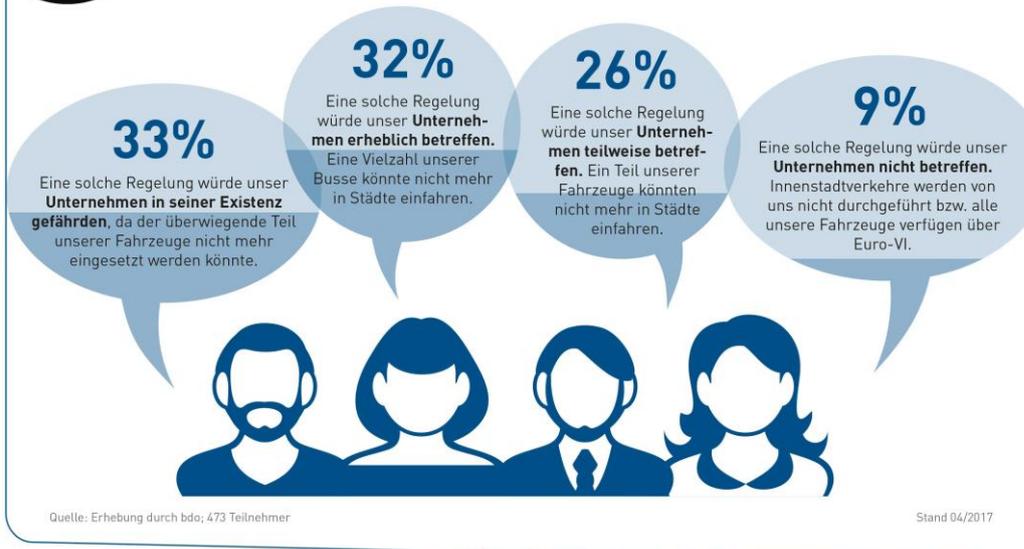
An der Erhebung des bdo beteiligten sich insgesamt 473 Busunternehmen. Lediglich 9 Prozent der Befragten gaben an, dass sie von der Einführung eines Einfahrverbots in Innenstädte nicht betroffen wären, da sie diese nicht anfahren beziehungsweise alle Omnibusse die Euro-VI-Normen erfüllen.

Grafik:



bdo-Umfrage des Monats - April 2017

Wenn deutsche Städte ein Einfahrverbot für Dieselfahrzeuge schlechter als Euro VI einführen, wie stark würde es Ihr Unternehmen betreffen?



*Gerne stellen wir Ihnen die Grafik auf Anfrage auch in druckfähiger Auflösung zur Verfügung.

+++++

Kontakt: Christian Wahl, Referent Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 030 / 24089 - 300 | E-Mail: christian.wahl@bdo.org